

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Lemberg, 26. Jan. Die gestrige Nachricht betreffs des Uebertritts von 800 polnischen Flüchtlingen auf österreichisches Gebiet bei Skalot, hat sich nicht bestätigt.

Brüssel, 26. Jan. In der heutigen Sitzung verliest der königliche Commissarius eine Cabinetsordre vom 19. Januar, wonach der König bei seiner früheren Erklärung, den Bundesbeschluss vom 8ten März 1860 nicht für berechtigt anerkennen zu können, verbleibt, aber um ernstlichen Verwicklungen vorzubeugen, für diesmal den Ständen verschiedene Gesetzentwürfe über gemeinsame Angelegenheiten vorlegen lassen will. Von der Art, wie die Versammlung dieselben behandeln werde es abhängen, ob eine Lösung oder schwerere Verwicklungen eintreten würden.

Paris, 26. Jan. Die Adresscommission des Senates hat ihren Entwurf eingereicht, der im Wesentlichen so lautet: Die allgemeine Situation ist vortrefflich. Die Aufgabe des Senates, als Hüters der Verfassung, war während der letzten beiden Legislaturperioden eine leichte, da das Land, durch die Erfahrung belehrt, sich vor Gefahren scheut und der Monarch, von dem Zeitgeist befeuert, den Mißbrauch der Autorität vermahnt. Neue Ausrichtungen, so schließt der Entwurf, eröffnen sich für Frankreich, welches nicht die Gewohnheit hat, zu schlummern. Dieses große Land, das Muth in den Krieg, Einsicht in die Arbeiten des Friedens, gefunden Menschenverstand in die Politik mitzubringen gewohnt, es wird seine Anstrengungen verdoppeln, um an das Ziel seiner fortschrittlichen Bestimmung zu gelangen, das der Kaiser bezeichnet hat. Das Kaiserreich, in sich befestigt durch die Zeit, geweiht durch die Sympathie Europas, getragen von der Zuneigung des Volkes, wird seine Verfassungen nicht unerfüllt lassen. Frankreich, in Einklang mit ihm, wird seine Mission nicht verfehlen. — Die Adressdebatte wird am Donnerstag beginnen.

Die „Patrie“ versichert, daß die europäische Conferenz am 5. Febr. in Belgrad zusammentreten werde.

Der „Nation“ wird aus Turin gemeldet, daß der demokratische Verein seinen Sitz von Genua nach Pisa verlegt habe, und daß Garibaldi mit einem neuen Wagniß umgehe. Pereire ist in Turin; man glaubt, daß Bastogi mit dem Ansehen zu Stande gekommen sei.

London, 26. Januar. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Wien vom 22. d. Mts. wurden dort im Interesse des Königs Otto angeordnete Partei-Zutritte entzogen. An sich bedeutungslos, ließen dieselben nur eine Vernehmung des Kaiserthums in Mainz und Aachen befürchten. Es sind Truppen dorthin geschickt. Man befragt, daß Rußland gegen die Wahl Herzogs Ernst von Koburg zum Könige Einwendung erheben, und daß der Herzog in Folge davon bestimmt werde, Bedingungen zu stellen, die nach Lage der Verhältnisse unerfüllbar sind. (V. B. 3.)

Turin, 25. Jan. Marquis Pepoli, Minister des Handels, geht wahrscheinlich als Gesandter nach Petersburg.

Lissabon, 24. Jan. Es ist falsch, daß Marquis Loulé die Consequenz-Präsidenten an Marischall Salamba abtreten werde. Salamba bleibt in Rom. Der Tod des französischen Schiffskommandanten Russell in Mexico bestätigt sich.

Paris, 25. Jan. „France“ versichert, die Adresse des Senats an den Kaiser spreche ihre vollständige Billigung der Politik des Kaisers aus, vortrefflich aber in der römischen Frage, indem sie gleichzeitig klar die Gefinnungen des Senats über den von Frankreich dem Papste gewährten Schutz ausdrückt, dessen Sache unter unserer Garantie, Ehre und unsern Verbindlichkeiten sich befindet. „France“ versichert, daß die diplomatischen Agenten in Italien in der Angelegenheit der Fürstin Barberini intervenirt haben, welche einen französischen Paß hatte.

Die nächste Woche wird man in den Kriegshäfen Versuche machen, ob die Panzerung für die Arsenale und Befestigungen entsprechend sei.

Preußen.

Berlin, 26. Jan. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Banquier v. Oppenfeld zu Berlin den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen; so wie den Diaconus Strumpf in Soldin zum Superintendenten der Diöcese Soldin zu ernennen; und dem Kreisphysikus Dr. Gemmel in Gerdaun den Charakter als Sanitäts-Rath zu verleihen.

Der bisherige Kreisrichter Lenke in Hamm ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Soest und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Hamm mit Anweisung seines Wohnsitzes in Soest ernannt worden.

[Militär-Wochenblatt.] v. Trübschler u. Falkenstein, Major vom Kaiser-Franz-Garde-Regiment Nr. 2, a la suite des Regts. gestellt. Westphal, Sec.-Lt. vom 1. Oberjäger. Inf.-Regt. Nr. 22, in das 4. Garde-Regt. 1. J. verlegt. Gr. v. Pfeil, Unteroff. vom 3. Garde-Regt. Königin Elisabeth, zum Port.-Fähnrich befördert. v. Schmidt, Rittm. u. Est.-Chef vom Kür.-Regt. Königin (Pomm.) Nr. 2, zum Major und etatsm. Stabsoff. befördert. Febr. v. Wachmeister, Unteroff. vom 1. Inf.-Regt. Nr. 18, zum Port.-Fähnrich befördert. v. Jena, Major v. Leib-Gren.-Regt. (1. Brandenburg) Nr. 8, in das 7. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 60, Michaelmann, 1. Hauptm. und Komp.-Chef vom 7. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 60, unter Verführung zum Major in das Leib-Gren.-Regt. (1. Brandenburg) Nr. 8 versetzt. Koch, Major und Est.-Chef im Magdeb. Inf.-Regt. Nr. 10, zum etatsm. Stabsoff. ernannt. v. Spiegel, Port.-Fähnrich vom Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5, v. Treßow, Port.-Fähnrich vom 2. Leib-Inf.-Regt. Nr. 2, zum Port.-Fähnrich befördert. Krüge, Rittm. v. Westpreuß. Kür.-Regt. Nr. 5, von dem Kommando als Adjut. der 10. Kav.-Brig. entbunden. v. Minn, Pr.-Lt. vom Pol. Alan-Regt. Nr. 10, als Adjut. zur 10. Kav.-Brig. kommandirt. Fiebelorn, Sec.-Lt. vom Pol. Alan-Regt. Nr. 10, in das Rhein. Kür.-Regt. Nr. 8 versetzt. v. Treßow, Port.-Fähnrich vom 4. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 51, Rosentreter, Port.-Fähnrich vom 2. Oberschles. Inf.-Regt. Nr. 23, zu Sec.-Lt. befördert. Breslau, Sec.-Lt. vom 4. Oberschles. Infanterie-Regt. Nr. 63, in das 1. Niederschlesische Infanterie-Regt. Nr. 46 versetzt. v. Hertel, Rittmeister vom 1. Schlesischen Infanterie-Regt. Nr. 4, von dem Kommando als Adjutant der 13. Kavallerie-Brigade entbunden. v. Ehrenkreutz, Port.-Fähnrich vom 6. Rhein. Inf.-Regt. Nr. 68, unter Beförderung zum Sec.-Lt., in das 3. Niederschles. Infanterie-Regt. Nr. 50 versetzt. Kessler, Sec.-Lt. vom 2. Pol. Inf.-Regt. Nr. 19, in das 3. Pol. Inf.-Regt. Nr. 58 versetzt. Kleine, Sec.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 2. Bats. (Schrimm) 2. Pol. Regts. Nr. 19, in das 1. Bat. (Onesien) 3. Pomm. Regts. Nr. 14 einrangirt. Magerbauer, Sec.-Lt. vom 1. Aufgeb. des 1. Bats. (Görlitz) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6, zum Pr.-Lt. befördert. Bieder, Vice-Feldw. vom 2. Bat. (Hirschberg) 2. Niederschles. Regts. Nr. 7, Mittelschle. Vice-Feldw. vom 2. Bat. (Samter) 1. Pol. Regts. Nr. 18, zu Sec.-Lt. 1. Aufgeb. befördert. Eder, Pr.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 2. Bats. (Bromberg) 3. Pomm. Regts. Nr. 14, in das 1. Bat. (Görlitz) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6, Gr. v. Bistum v. G. f. f. f. Sec.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 1. Bats. (Spanbau) 3. Brandenburg. Regts. Nr. 20, in das 2. Bat. (Freystadt) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6 einrangirt. Matthies, Sec.-Lt. vom der Kav. 1. Aufgeb. des 1. Bats. (Görlitz) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6, zum 2. Bw.-Huf.-Regt. versetzt und ist in den Ritten des 1. Bats. (Pomm.) 1. Pol. Regts. Nr. 18 zu führen. Müller, Sec.-Lt. von der Kavall. 1. Aufgeb. des 2. Bats. (Hirschberg) 2. Niederschles. Regts. Nr. 7, zum 4. Landw.-Drag.-Regt. versetzt und ist in den Ritten des 1. Bats. (Görlitz) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6 zu führen. Rablert, Sec.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 3. Bats. (Rasthor) 1. Oberschles. Regts. Nr. 22, zum Pr.-Lt. v. Cuen, Pr.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 2. Bats. (Gr.-Streblitz) 2. Oberschles. Regts. Nr. 23, unter Zurückverlegung in das 1. Aufgeb. zum Hauptm. und

Kompagnieführer befördert. Behrens, Sec.-Lt. vom 1. Aufgeb. des 2. Bats. (Dels) 3. Niederschles. Regts. Nr. 10, in das 1. Bat. (Breslau) des Regts., Schneider, Sec.-Lt. vom 1. Aufgeb. des 1. Bats. (Breslau) 3. Niederschles. Regts. Nr. 10, Emmich, Oberst zur Dispo., zuletzt Bats.-Kommand. im 2. Westfäl. Inf.-Regt. Nr. 15, mit der einwilligen Vertretung des Kommandeurs 1. Bats. (Minden) 2. Westfäl. Regts. Nr. 15 beauftragt. v. Poncet, Sec.-Lt. vom Königs-Gren.-Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7, ausgeschieden, und zu den beurl. Offiz. 1. Aufgeb. des 2. Bats. (Samter) 1. Pol. Landw.-Regts. Nr. 18 übergetreten. v. Welzien, Gen.-Major und Kommand. der 8. Inf.-Brig., unter Verleihung des Char. als Gen.-Lieut. mit Penf., v. Wietersheim, Major vom 7. Brandenburg. Inf.-Regt. Nr. 60, mit der Regts.-Uniform und Penf., Wolff v. Gubenberg, Major vom 4. Pol. Inf.-Regt. Nr. 59, als Ob.-Lieut. mit der Regts.-Unif., Ausicht auf Civilvorstellung und Pension, v. Voos, Rittm. und Est.-Chef vom Pol. Alan-Regt. Nr. 10, als Major mit der Unif. des Westpreuß. Alan-Regts. Nr. 1, Ausicht auf Civilvorstellung und Pension, v. Wength, Sec.-Lt. vom 1. Schles. Inf.-Regt. Nr. 4, als Vortr. mit der Armee-Uniform der Abschied bewilligt. Eih, Ob.-Lieut. 3. D., zuletzt Major und Kommand. des 1. Bats. (Görlitz) 6. Regts., jegigen 1. Niederschles. Regts. Nr. 6, die Genehmigung zum Tragen der Unif. des 1. Pol. Inf.-Regts. Nr. 18, anstatt der Armee-Unif., ertheilt. Heinrich, Sec.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 1. Bats. (Görlitz) 1. Niederschles. Regts. Nr. 6, v. Stöcker, Pr.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 3. Bats. (Königsberg) 2. Niederschles. Regts. Nr. 7, v. Wierbinski 11, Sec.-Lt. vom 1. Aufgeb. des 1. Bats. (Pomm.) 1. Pol. Regts. Nr. 18, der Abschied bewilligt. Garmuth, Sec.-Lt. vom 2. Aufgeb. des 1. Bats. (Breslau) 3. Niederschles. Regts. Nr. 10, v. Keltch, Pr.-Lt. von der Kav. 1. Aufgeb. des 2. Bats. (Dels) 3. Niederschles. Regts. Nr. 10, der Abschied bewilligt. v. Versow, Major 3. D., von dem Verhältniß als mit der einwill. Vertretung des Kommand. des 1. Bats. (Minden) 2. Westfäl. Regts. Nr. 15 beauftragt, entbunden.

Berlin, 26. Januar. [Das Befinden des Königs.] Da das Befinden Sr. Majestät des Königs es gestatteten, auf eine Stunde der Feier des Krönungs- und Ordensfestes beizunehmen, so begaben sich Allerhöchstdieselben gestern um 11 Uhr Vormittags hierzu nach dem königlichen Schloße und nahmen daselbst den Dank der neubeförderten Ritter entgegen. Hierauf aber verließen Se. Majestät das Fest und wohnten weder dem Gottesdienst, noch dem die Feier beschließenden großen Diner bei, sondern machten eine Spazierfahrt im Thiergarten und dinirten allein im Palais. Heute nahmen Se. Majestät die Vorträge des Civil-Kabinetts und des Staatsministers v. Mähler entgegen und empfingen den Besuch Ihrer königl. Hoheit der vermittelten Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin.

[Ihre Majestät die Königin] geruhten am vorigen Sonnabend dem hier accreditirten kais. russischen Gesandten, Herrn von Dubril, die nachgesuchte Antritts-Audienz zu ertheilen und beim vierten Vortrage im wissenschaftlichen Verein anwesend zu sein. — Am Ordensfest wohnten Ihre Majestät gestern mit Sr. königl. Hoheit dem Kronprinzen, der Kronprinzessin und der königl. Familie sowohl der Feier des Gottesdienstes als der Tafel bei.

[Die Telegraphen-Verbindung mit Warschau] ist seit heute Morgen total — auch auf dem zuletzt betriebsfähig gebliebenen Wege über Königsberg und Kowno — unterbrochen. Depeschen werden mit den Bahnzügen von Mysłowiz und Bromberg befördert. (St.-A.)

[Herr v. Bismarck in der Adresscommission.] Wie man vernimmt, war die Aeußerung des Ministerpräsidenten in der Adress-Commission über die Annahme oder Nichtannahme der Adresse seitens Sr. Maj. des Königs von den Berichterstattern nicht richtig wiedergegeben. Herr v. Bismarck — er soll dies selbst nachträglich ausgesprochen — will nicht gesagt haben, er könne dem Könige die Annahme nicht rathen, sondern: er wisse nicht, ob der König die Adresse annehmen werde.

[Standeserhöhung des Herrn v. d. Heydt.] Wie wir erfahren, ist der Staatsminister A. D. Herr von der Heydt in den Freiherrstand erhoben und ihm diese Standeserhöhung durch ein überaus gnädiges Handschreiben Sr. Maj. des Königs mitgetheilt worden.

[Ein Privatbericht aus Warschau] theilt mit, daß das Vorhaben, eine Bartholomäus-Nacht zu veranstalten, von einem jüdischen Einwohner Warschaws entdeckt und den Behörden mitgetheilt sei. Die entseflichen Mordabsichten waren nicht nur gegen Russen, sondern eben so gegen Deutsche und Juden gerichtet.

[Reserven.] Für die in der Provinz Posen und in den an Polen grenzenden Theilen Westpreußens garnisonirenden Truppen sind die Reserven einberufen.

[Der Plan der Regierung.] Einen polemischen Artikel gegen die „Volksztg.“ schließt das ministerielle Organ, die „Nordd. Allg. Ztg.“, mit den Worten: „Zu einer Auflösung des Hauses wird sich die Regierung hoffentlich nicht herbeilassen. Sie hat gar keinen Grund dazu. Im Gegentheil, das gegenwärtige Abgeordnetenhaus ist eine so günstige Gelegenheit, wie nicht leicht eine andere, einen modus vivendi für gewisse Fälle unseres konstitutionellen Lebens festzusetzen, an denen das anderer Völker vor uns gescheitert ist. Wir werden an dem gegenwärtigen Konflikt einen Präcedenzfall haben, der für die Zukunft unseres Staatslebens entscheidende Folgen haben wird, und das Land kann sich Glück wünschen, daß die Entscheidung in eine Zeit fällt, wo die Krone zu keinem heroischen Mittel zu schreiten genöthigt ist, um den Entschaid zu ihren Gunsten ausfallen zu lassen, sondern wo sie die Dinge eben nur gehen zu lassen braucht, um alle Vortheile aus ihrer Seite zu haben.“ (Wie jetzt hat man von diesen „Vortheilen“ noch nichts gesehen, und später wird sie die „Nordd. Allg. Ztg.“ ganz allein sehen. D. Red.)

[Der Gen.-Lt. und Gen.-Adjutant, Ober-Stallmeister v. Willisen wird, wie verlautet, morgen Abend auf den ihm übertragenen Gesandtschaftsposten nach Rom abreisen. Als interimistischer Geschäftsträger fungirt daselbst zur Zeit der Legations-Sekretär Graf Alexander zu Lynar.

[Eindruck der Nachrichten aus Polen.] Die „Berl. Allg. Z.“ schreibt: „Die neuesten Nachrichten aus Polen sind so ernster Art, daß sie vermuthlich auch in der bevorstehenden Adressdebatte eine starke Diversion machen werden. Der Eindruck an maßgebender Stelle wird, fürchten wir, hier ein so starker sein, daß man sich auf das Schlimmste gefaßt machen muß.“ (Wir drucken diesen Unsin, unter welchem sich wohl die „Berl. Allg. Z.“ nichts denkt, bloß ab, um zu zeigen, wie wenig dazu gehört, daß gewisse Leute den Kopf verlieren. D. Red.)

[Unterseeischer Telegraph.] Wie man aus Stockholm erfährt, hat die dortige Regierung wegen Legung eines unterseeischen Telegraphen mit Preußen Unterhandlungen angeknüpft. Die Verbindung soll zwischen der Südküste von Schonen (Närd oder Frelleborg) und der Nordküste der Insel Rügen hergestellt werden. Die Entfernung zwischen beiden Punkten beträgt 10 Seemeilen, die größte Meerestiefe auf der projectirten Linie 28 Faden und der Kostenantheil, den Schweden zu tragen hat, beläuft sich auf 60,000 Thaler preuß. Courant.

K. C. Berlin, 26. Januar. [Die Adressdebatte. — Die Absichten der Regierung. — Die Wahl des Baron Seyditz.] Aus seinem der beiden Häuser liegen heut Druckfächer vor. Das Haus der Abgeordneten beginnt morgen früh 10 Uhr die Adressdebatte, welche vorausichtlich, wenn nicht besondere Ereignisse dazwischen treten, zwei Tage in Anspruch nehmen wird. Wahrscheinlich werden die kleineren Fractionen sich am 27sten an der Debatte betheiligen; von der Fraction Binde werden, wie es heißt, die Abg. v. Binde und Simon das Wort ergreifen. Die deutsche Fortschrittspartei hat vorgestern beschloffen, die Abg. Schulte-Delitzsch, v. Unruh und Waldeck zu beauftragen, bei der Generaldiscussión im Namen der Fraction zu sprechen; Abg. Birchow hat nach der Geschäftsordnung als Antragsteller das Wort. Das linke Centrum wird heut Abend seine Beschlüsse über die zu befolgende Taktik fassen. — Die Absichten der Regierung für die heutige Session sind fortwährend in Dunkel gehüllt. Nach den Organen der feudalen Partei wird an eine Auflösung des Hauses der Abgeordneten nicht gedacht; doch hört man auch von weitergehenden Plänen. Bei dem drohenden Gegenfaze zwischen Regierung und Volksvertretung ist es natürlich, daß in dieser Beziehung in den Kreisen der Abgeordneten vollkommene Ungewißheit herrscht; die Minister erfahren genau, was die Abgeordneten beschließen, da alle Beschlüsse der Fractionen sofort in die Oeffentlichkeit gelangen, aber in der umgekehrten Richtung herrscht ein fast unüberwindliches Geheimniß. So ist denn auch noch nicht bekannt, ob das Staats-Ministerium sich an der Adressdebatte betheiligen oder dabei nur die von dem Ministerpräsidenten angekündigte Erklärung abgeben wird. Das Letztere würde offenbar darauf hindeuten, daß die Politik mit der Verschleppung des Conflicts ohne Beachtung der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses einfach fortgesetzt werden soll. — Die Budget-Commission des Hauses der Abgeordneten hat noch keine Sitzung wieder gehalten, da die Referenten eben erst ihre Vorarbeiten begonnen haben. Die vom Abg. Klotz eingebrachten Resolutionen in Bezug auf die Behandlung des Budgets sind bereits bekannt. — Die am Sonnabend in Gardelegen stattgehabte Wahl des Baron Seyditz soll, wie es heißt, von der conservativen Gegenpartei wegen Formfehler angefochten werden; doch hat von allen Wahlmännern des Wahlbezirks, nicht bloß von den erschienenen, eine so bedeutende Majorität für Hrn. v. Seyditz gestimmt, daß die Gültigkeitserklärung seiner Wahl durch das Haus kaum zu bezweifeln steht.

Deutschland.

Frankfurt, 24. Jan. [Zur Abstimmung über das Delegirtenprojekt.] Die österreichische Erklärung nach der Abstimmung lautet wörtlich:

Nachdem die Mehrheit der Stimmen sich gegen die Anträge der Majorität des Ausschusses ausgesprochen, hat der Gesandte Namens des kaiserlichen Hofes die nachstehende weitere Erklärung abgegeben: Nach dem Ergebnisse der so eben vorgenommenen Umfrage hat die hohe Bundesversammlung es abgelehnt, den Antrag vom 14. August v. J. unter der Obzorge und vermittelnden Einwirkung ihrer Beschlässe in Ausführung zu bringen; die kaiserl. Regierung muß dies um so ernstlicher beklagen, je gemisser diese Thatsache zugleich die Veranlassung rechtfertigt, daß den Schwierigkeiten, welchen der vorliegende Antrag begegnet ist, sich in erhöhtem Maße dem Bestreben entgegenstellen würden, die beiden am 14. August v. J. von den Theilnehmern an jenem Antrage vorbehaltenen organischen Fragen zur Lösung zu bringen. Die kaiserl. Regierung muß sich darauf berufen, daß sie sich damals auf jenen Vorbehalt nur aus dem Grunde befand, weil sie die Hoffnung hegte, es werde sich über den Vorschlag vom 14. August leichter über die organischen Fragen eine allgemeine Einigung erzielen lassen. Nachdem aber nun diese Hoffnung geknüpft worden, glaubt die kaiserliche Regierung den ersten Anforderungen der Lage nicht durch einen unfruchtbaren Ausdruck des Bedauerns genügen zu können, sondern sie glaubt es sich selbst und ihren Bundesgenossen schuldig zu sein, hiermit zu erklären: 1) daß sie sich das Recht wahre, den Antrag vom 14. August, nachdem er nicht als Bundesmaßregel ausgeführt werden kann, durch Vereinbarung mit denjenigen hohen Regierungen in Ausführung zu bringen, welche den demnachst zur Förderung der in Hannover und in Dresden im Gange befindlichen Gesetzgebungsarbeiten für nützlich halten würden; 2) daß sie sich vorbehaltlich, bei erneuter Hoffnung auf Annäherung der Ansichten auch in der Mitte dieser hohen Versammlung auf den mehrerwähnten Antrag zurückzukommen; endlich 3) daß sie, wenn gleich die Schwierigkeiten der beiden Fragen der Errichtung eines wirksameren exekutiven Organes des Bundes und der organischen Einführung einer aus den Volksvertretungen der Einzelstaaten hervorgehenden Gesamtvertretung nicht verkennend, für ihren Theil jederzeit bereit sei, in eine Verabredung dieser beiden Fragen einzutreten, und sich dieser Aufgabe in demselben Geiste aufrichtiger Bundesgenossenschaft und freimüthiger Würdigung der Erfordernisse der Zeit zu nähern, von welchen sie bereits in den seitherigen Verhandlungen Beweise abgelegt zu haben glaubt.

Es verdient noch hervorgehoben zu werden, daß der bairische Bundestags-Gesandte, Frh. v. d. Pforsden, nicht ermächtigt war, dieser Erklärung irgendwie sich anzuschließen.

Das kurfürstliche Votum lautet:

Die kurfürstliche Regierung ist bei Stellung des Antrags vom 14. Aug. v. J. von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Einführung von Delegirten-Versammlungen als Bundesangelegenheit nicht bloß in Folge einer Vereinbarung unter einzelnen Regierungen stattfinden solle; daß jedoch schon jetzt als feststehend anzunehmen ist, daß eine solche Einführung der fraglichen Versammlungen, wozu unzweifelhaft Stimmeneinigkeit erforderlich ist, nicht eintreten kann, hiernach ein weiteres Vorgehen in dieser Sache den angestrebten Erfolg nicht nur nicht zu erreichen vermag, sondern sogar besondere politische Nachtheile herbeizuführen droht, so hält die kurfürstliche Regierung, wie sie glaubt, in wahrhaft liberaler Gesinnung eine weitere Verfolgung dieser Angelegenheit für nicht rathlich, und vermag deshalb den gestellten Majoritäts-Anträgen des Ausschusses ihre Zustimmung nicht zu ertheilen.

Kassel, 21. Jan. [Uniform-Erlaß.] Den allerhöchsten Anordnungen der letzten Tage, von denen die eine den Kavallerie-Offizieren das Tragen von Reitpfeilschen in Form von Spazierhüten verbietet, während die andere darauf aufmerksam macht, daß die Oberköpfe der Offiziere drei Finger breit über das Knie, die Hosenröcke dagegen so weit herabreichen sollen, daß sie mit der gehaltenen Faust des gerade herabhängenden Armes abschließen, und die dritte vorschreibt, daß die Helme derart aufgesetzt sein sollten, daß sie 1/2 Zoll „über“ Ohr reichen“, der Schirm aber mit den Augenbrauen abschneidet, ist eine weitere nicht minder wichtige gefolgt. Ihr zufolge erhält die Land-Gendarmarie statt der bisherigen gelben Anzüge, Schleifen und Helmbeschläge, weiße und in den Achselklappen den Gardestern. Gewiß wäre diesem vortrefflichen, aber leider seinem ursprünglichen Zweck der inneren Landesicherheit vielfach entfremdeten und zu eigenem Bedauern zu Angelegen der gefährlichsten Art verwendeten Corps eine so nöthige Gehaltsaufbesserung erwünscht gewesen, als diese namentlich für die Offiziere mit bedeutenden Unkosten verknüpfte Uniformveränderung. Zur Notiz dürfte hier dienen, daß der gegenwärtige Chef der Gendarmarie, Oberst Rottiere, ein in der Gynäusischen Angelegenheit oft genannter Gesinnungsgenosse des Letzteren ist. (F. 3.)

Kassel, 25. Jan. [Der Selbstmord des Hrn. v. Haynau.] Der Telegraph wird Ihnen bereits die Nachricht gebracht haben, daß Hr. v. Haynau gestern Mittag seinem Leben selbst durch einen Schuß ein Ende gemacht hat. Die Nachricht von seinem Tode verbreitete sich nachmittags wie ein Lauffeuer durch die Stadt, die Todesursache aber wurde verschiednen angegeben, nach Einigen sollte ein Schlaganfall, nach Anderen tödtliche Berührung im Duell stattgefunden haben; ich bringe die Nachricht erst jetzt, weil ich bei so ernsten Dingen nur Wahres berichten möchte. Hr. v. Haynau war seit seiner Pensionirung bis vor einigen Tagen, wo er hierher zurückgekehrt sein soll, auf einem seiner Gattin

